
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

EINSETZUNG DES UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS 18/1

28.01.2010

Neben der Behauptung, ob die Versetzungen direkt mit den kritischen Äußerungen der Steuerfahnder im Rahmen der sogenannten Bankenverfahren zusammenhingen, müsse u.a geklärt werden, warum die betroffenen Personen teilweise bis zu zwei Jahren ihrer Beschäftigung nicht nachgehen konnten. Darüber hinaus müsse geprüft werden, warum die betroffenen Steuerfahnder nach der Versetzung in den Ruhestand keine Rechtsmittel eingelegt hätten.

„Wir werden mit unserem Obmann Stefan Müller die endgültige Aufklärung des Sachverhaltes betreiben“, so Rentsch.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de